

Aussenpolitische Aspekte der
schweizerischen Sicherheitspolitik

Vortrag von Marianne von Grünigen
im Efficiency Club Bern,
am 16. Januar 1991

Heute über die aussenpolitischen Aspekte der schweizerischen Sicherheitspolitik zu sprechen, hat seinen ganz besonderen Sinn. Mit Bangen und Hoffen verfolgen wir die Ereignisse im Golf, im gesamten Mittleren Osten und gleichzeitig in der Sowjetunion, namentlich im Baltikum, die eine fatale Parallelität mit den Ereignissen im Jahre 1956 aufzuweisen scheinen, als die Sowjets im Windschatten der Suezkrise in Ungarn einmarschierten.

Aber wiederholt sich die Geschichte wirklich ? Sind wir heute nicht mit einer veränderten Machtkonstellation konfrontiert, verfügen wir nicht über andere Mittel, Katastrophen zu verhindern, Konflikte zu lösen ? Und was für eine Rolle kann dabei allenfalls die Schweiz als neutraler Kleinstaat inmitten Europas spielen ?

Wenn die Parallelität der Ereignisse von 1956 und 1991 ins Auge stechen mag, so scheinen mir doch beachtliche Unterschiede

zwischen den Ursachen und Reaktionen damals und heute zu liegen. In Europa sind die Voraussetzungen, Konflikte durch gemeinsame Anstrengungen einzugrenzen und friedlich zu lösen, zurzeit günstiger. Dagegen ist ein bewaffneter Konflikt im Mittleren Osten gegenwärtig viel gefährlicher als 1956, obwohl auch hier die Vereinten Nationen als Organisation der gesamten Völkergemeinschaft aktiver denn je um eine Konfliktlösung bemüht sind. So hatte der Generalsekretär der UNO noch im letzten Augenblick eine Mission nach Bagdad unternommen und mit einem Friedensplan versucht, den irakischen Diktator umzustimmen. Wir alle sind uns indessen bewusst, was auf dem Spiel steht, nach dem heute früh das Ultimatum des UNO-Sicherheitsrates an Saddam Hussein für den Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait unbenutzt verstrichen ist und damit die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ermächtigt sind, alle notwendigen Mittel - auch kriegerische - einzusetzen, um den irakischen Rückzug durchzusetzen.

Mit dem drohenden Krieg im Mittleren Osten entschwindet auch der Frieden, auf den wir uns nach den Veränderungen in Europa bereits einzustellen begannen.

Die Golfkrise vereint fast alle Elemente, die in den kommenden Jahren für die Sicherung des Friedens und die Vermeidung von Konflikten von ausschlaggebender Bedeutung sein werden. Nach der Ueberwindung des Ost-West-Gegensatzes zwischen der Sowjetunion und den westlichen Staaten stellt sich nämlich die Frage nach der künftigen Ausgestaltung der internationalen Ordnung. Zum jetzigen Zeitpunkt ist bereits vorauszusehen, dass die Art und Weise, wie

diese Krise beigelegt wird, die weitere Entwicklung des internationalen sicherheitspolitischen Umfeldes nicht nur im Mittleren Osten, sondern weltweit massgeblich beeinflussen wird.

Würde sich die internationale Gemeinschaft mit der Annexion Kuwaits abfinden, wäre dies ein empfindlicher Rückschlag für die friedenserhaltende und -sichernde Aufgabe der Vereinten Nationen.

Sollte es jedoch gelingen, Saddam Hussein unter Androhung oder Einsatz international sanktionierter militärischer und nicht-militärischer Zwangsmassnahmen zum Rückzug aus Kuwait zu bewegen, hätte das System der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen seine wichtigste Feuerprobe nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes bestanden. Es wäre auch der Beweis erbracht, dass in der heutigen Zeit Systeme kollektiver Sicherheit funktionieren können und sollen. Dabei ist es natürlich gänzlich offen, ob das System der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen nicht durch weitere Systeme kollektiver Sicherheit auf regionaler Stufe, beispielsweise in Europa oder im Mittleren Osten, ergänzt werden sollte.

Die Kuwaitkrise unterstreicht aber auch mit aller Deutlichkeit die Gefahren, die von einer unkontrollierten Verbreitung chemischer, biologischer und nuklearer Massenvernichtungsmittel sowie von Raketentechnologie ausgehen können. Leider hat die internationale Gemeinschaft, die Schweiz nicht ausgenommen, Anfang der achtziger Jahre äusserst verhalten und zu spät auf Berichte über die Herstellung und den Einsatz von chemischen Waffen im Irak

reagiert.

Heute verfügt der Irak nachweislich nicht nur über moderne chemische Anlagen zur Herstellung von Senfgas und Nervengiften, sondern ist auch dabei, sich biologische und nukleare Massenvernichtungswaffen mit der Hilfe und Unterstützung dubioser Geschäftemacher aus dem Westen zu beschaffen. Der Irak ist bedauerlicherweise kein Einzelfall. Zu viele Staaten bemühen sich heute, in den Besitz solcher Massenvernichtungsmittel zu kommen. Dieser Entwicklung muss mit äusserster Entschlossenheit Einhalt geboten werden. Alle Staaten sind heute aufgefordert, durch den Abschluss eines multilateralen Abkommens über ein umfassendes und verifizierbares Verbot chemischer Waffen sowie mit angemessenen nationalen Exportkontrollen chemische und biologische Waffen endgültig von unserer Erde zu verbannen sowie die bestehende nukleare Rüstung auf das absolut notwendige Minimum zu begrenzen. Wir unterstützen diese Bemühungen tatkräftig.

Zum einen stimmen wir unsere Exportkontrollen mit anderen westlichen Staaten ab und sind gegenwärtig daran, eine wirksame rechtliche Grundlage für weitere schweizerische Exportbeschränkungen zu schaffen. Zum anderen beteiligen wir uns aktiv an den Verhandlungen über ein weltweites, umfassendes und verifizierbares Verbot chemischer Waffen an der Genfer Abrüstungskonferenz, wo wir einen Beobachterstatus haben. Nach der Beilegung der Kuwaitkrise müssten jedoch die internationalen Abrüstungsverhandlungen beschleunigt werden. Für den Mittleren Osten müsste man überlegen, ob nicht eine zusätzliche Rüstungskontrollkonferenz für

diese Region einberufen werden sollte. Diese Konferenz hätte die Aufgabe, ein Inspektionsregime für alle potentiellen Produktionsstätten von Massenvernichtungsmitteln zu schaffen.

Doch lassen Sie mich von den weltpolitischen Betrachtungen zu unserem europäischen Kontinent zurückkehren, dessen Schicksal uns in ganz besonderem Masse berührt und wo die letzten Entwicklungen jene Ansicht bestätigen, wonach Rückschläge auf dem Weg zu einem friedlichen und demokratischen Europa nicht auszuschliessen sind. Wir haben indessen heute im Unterschied zu den Zeiten der Ungarnkrise 1956 und der Invasion in der Tschechoslowakei 1968 durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein Forum und Mechanismen zur Verfügung, die zumindest eine gemeinsame politische Einflussnahme auf die Eindämmung oder gar Lösung solcher Konflikte ermöglichen.

Jedenfalls sollten wir nicht von der vielerorts vielleicht etwas allzu enthusiastischen Europa-Euphorie vor einem Jahr in einen Europessimismus zurückfallen, sondern realistisch den eingeschlagenen Weg weitergehen. Schon in früheren Jahren der Konfrontation hat die am 1. August 1975 in Helsinki von den europäischen und nordamerikanischen Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Schlussakte der KSZE die Grundlagen geschaffen, um über Höhen und Tiefen des Ost-West-Verhältnisses den Dialog aufrecht zu erhalten und für ein friedliches Zusammenleben der Völker sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einzutreten. Für einige Regierungsmitglieder der mitteleuropäischen Staaten haben sich westliche Regierungen und

Menschenrechtsvereinigungen vor nicht langer Zeit eingesetzt, als sie noch zur Gruppe der unterdrückten Dissidenten gehörten.

Wenn 1989 das Jahr des grossen Umschwungs war, als die Menschen in Mittel- und Osteuropa auf die Strasse gingen, Mauern zwischen Ost und West fielen und sich neue Regierungen bildeten, die nach Demokratie in unserem Sinne streben, so wurde 1990 zum Jahr der Festschreibung der Grundlagen für das neue Europa. An der KSZE-Wirtschaftskonferenz im vergangenen Jahr in Bonn stellten sich erstmals alle Teilnehmerstaaten hinter die Prinzipien der Marktwirtschaft. Im Juni bekannten sie sich an der Konferenz über die menschliche Dimension in Kopenhagen zur pluralistischen Demokratie mit freien und gerechten Wahlen, zur Rechtsstaatlichkeit und zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Diese traditionellen Grundwerte unserer Gesellschaft und unseres Staatswesens wurden dann am Pariser Gipfeltreffen aller KSZE-Staaten in der dort unterzeichneten Charta für ein neues Europa von höchster politischer Warte für alle europäischen Staaten sowie für die USA und Kanada anerkannt. Zusammen mit früheren Dokumenten hilft nun auch diese Charta, um die sowjetische Führung auf ihre Verpflichtung zu friedlicher Konfliktlösung im Sinne der demokratischen Spielregeln hinzuweisen. Wir können nur hoffen, dass sich diese gesamteuropäischen Bemühungen bald positiv auf die Lage im Baltikum und in andern von Unruhen geplagten Gliedstaaten auswirken.

- 7 -

Welche Möglichkeiten hat nun die Schweiz, weltweit und in Europa am Aufbau einer Friedensordnung mitzuwirken ? Die Meinung ist hierzulande immer noch weit verbreitet, unsere Neutralität hindere uns an einer konstruktiven Teilnahme an der internationalen politischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Dem ist aber bei weitem nicht so. Vielmehr können wir den Forderungen unserer Zeit nach einer aktiveren Politik durchaus auf der Grundlage unserer bewährten aussenpolitischen Maximen nachkommen. Denn die Neutralitätspolitik ist nicht mehr und nicht weniger als das Instrument eines dauernd neutralen Staates in Friedenszeiten, das ihm im Kriegsfall die Anwendung des Neutralitätsrechts ermöglichen soll, wie es in den Haager Konventionen der Jahrhundertwende verankert ist. Sie lässt uns folglich einen weiten Raum für tätige Aussenpolitik im Dienste der internationalen Gemeinschaft. Nach schweizerischem Verständnis heisst dies auch Solidarität mit andern Staaten und Völkern und Mitwirkung bei der internationalen und regionalen Zusammenarbeit.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen im folgenden die aussenpolitischen Aspekte unserer Sicherheitspolitik erläutern, die im neusten Bericht des Bundesrates über "schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel" vom 1. Oktober 1990 gegenüber den beiden früheren Berichten aus den Jahren 1973 und 1979 noch verstärkt wurden.

Das Schwergewicht der Sicherheitspolitik liegt nun - und dazu hat auch die Wende in Europa, namentlich die Aufhebung der Blockpolitik, wesentlich beigetragen - auf der Verhütung und

Bewältigung von Krisen, Konflikten und Katastrophen. Der Aussenpolitik obliegt es in erster Linie, diese Aufgaben praktisch wahrzunehmen. Die ihr dazu zur Verfügung stehenden Mittel sind neben der Neutralitätspolitik die Guten Dienste, friedenserhaltende Massnahmen, die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe, der Beistand in Katastrophenfällen im Ausland durch das eigens dafür geschaffene schweizerische Katastrophenhilfskorps; ferner die Mitwirkung bei Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie bei den Bemühungen um die Achtung der Menschenrechte und die Weiterentwicklung des Völkerrechts einschliesslich des humanitären Völkerrechts.

Auch in der Schweiz ist die Einsicht gewachsen, dass Sicherheit in der heutigen Zeit in einem umfassenden Sinn verstanden werden muss. Wir werden der zunehmenden Komplexität und Verflechtung des strategischen Umfeldes nur gerecht, wenn die Sicherheitspolitik umfassend den Herausforderungen der Zeit für die Friedenssicherung, die Förderung der internationalen Stabilität und des Schutzes der Lebensgrundlagen gerecht wird und wenn sie die dazu erforderlichen Instrumente der Aussenpolitik verstärkt.

Als europäischer Staat räumt die Schweiz der Sicherheit in Europa Priorität ein. Hier haben wir ein besonderes Interesse an einer stabilen und friedlichen Ordnung auf der Grundlage der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte.

Im Bewusstsein, dass uns heute auch aussereuropäische Konflikte stets in der einen oder andern Weise berühren - denken wir nur an

die Implikationen der Golfkrise, an den seit Jahrzehnten schwelenden Konflikt im Mittleren Osten, an Afghanistan, Kambodscha oder die Westsahara -, tragen wir im Rahmen internationaler Friedensbemühungen weltweit zur Sicherheit und Stabilität bei.

In Europa sind es vor allem zwei grundlegende Herausforderungen, denen sich die Schweiz zu stellen hat: die eine betrifft ihr Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft, die andere ihre Rolle im künftigen Europa, wie es im Rahmen der KSZE ausgebaut wird.

Wenn Oesterreich der EG beitrifft, werden wir praktisch von der Gemeinschaft umschlossen sein, deren Mitglieder zu unsern wichtigsten Handelspartnern zählen, mit denen wir aber auch sonst in jeder Beziehung ein freundnachbarliches Verhältnis pflegen. Zurzeit verhandeln wir bekanntlich zusammen mit unsern EFTA-Partnern mit der EG über die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes. Diese Verhandlungen sind schwierig; vor allem ist man in Brüssel nicht gewillt, bei der Uebernahme bestehender EG-Regeln allzu viele Ausnahmen zuzulassen sowie bei der Mitbestimmung über die künftige Entwicklung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes namhafte Konzessionen zu machen. Mittelfristig werden wir uns daher wohl auch in der Schweiz Gedanken über einen EG-Beitritt machen müssen; in der öffentlichen Diskussion ist ja in dieser Beziehung einiges in Bewegung geraten.

Die durch die spektakulären Veränderungen in Mittel- und Osteuropa vollzogene Wende auf unserem Kontinent betrifft die schweizerische

Sicherheitspolitik wohl am unmittelbarsten. Wir sind daher auch gewillt, am Aufbau neuer Sicherheitsstrukturen in Europa mitzuwirken, wie er im Rahmen der KSZE so verheissungsvoll begonnen hat.

Neue Aufgaben stellen sich den KSZE-Staaten in naher Zukunft vorab in den Bereichen der Sicherheit, der Menschenrechte, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Umweltschutzes. Die Schweiz ist bereit, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Ich werde im folgenden kurz auf einige unserer Vorschläge eingehen.

Jede friedliche Zusammenarbeit erhöht die Sicherheit. Im engern Sinne bedeutet Sicherheit jedoch militärische Sicherheit durch Abrüstung sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildung, friedliche Lösung bestehender Konflikte, Verhütung neuer Konflikte.

Bislang hat die Schweiz an den KSZE-Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen teilgenommen, die bis zum nächsten umfassenden KSZE-Folgetreffen 1992 in Helsinki weitergeführt werden. Wie die andern neutralen und nichtgebundenen Staaten (N + N) ist sie nicht an den unter den 22 Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes im Rahmen der KSZE geführten Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte beteiligt, die ebenfalls bis Helsinki fortgesetzt werden. Aller Voraussicht nach werden wir jedoch zusammen mit unsern N+N-Partnern nach Helsinki an gemeinsamen Verhandlungen aller KSZE-Staaten über Sicherheit, Abrüstung sowie Sicherheits- und Vertrauensbildung teilnehmen. Dies ist ein Ergebnis der neuen Verhältnisse in Europa.

Die friedliche Lösung von Konflikten ist ein altes schweizerisches Postulat. Schiedsgerichtsbarkeit gab es bereits unter den Alten Eidgenossen. Zu Beginn der KSZE-Verhandlungen anfangs der siebziger Jahre hatte die Schweiz ein Projekt für ein System der friedlichen Streiterledigung eingebracht, das aber unter den damaligen Ost-West-Verhältnissen wenig Anklang fand. Mit Genugtuung erleben wir jetzt eine Renaissance der friedlichen Erledigung von Streitfällen, die hoffentlich durch die Ereignisse im Golf und im Baltikum nicht erneut gestört wird. Jedenfalls bestehen gute Aussichten, dass der den heutigen Bedürfnissen angepasste schweizerische Vorschlag am Expertentreffen in Malta, das gestern begonnen hat, als Verhandlungsgrundlage dient.

Als weitere Massnahme für mehr Sicherheit habe ich vorhin die Konfliktverhütung genannt. Mit der Ueberwindung der Konfrontation in Europa sind ja - wir erfahren es zurzeit täglich in den Nachrichten - nicht einfach alle Konflikte auf unserem Kontinent aus der Welt geschafft. Vielmehr drohen gewisse Konflikte, die bisher von den totalitären Regimen unterdrückt wurden, mit deren Beseitigung neue Dimensionen zu erhalten. Ich denke vor allem an die Frage der nationalen Minderheiten, die mit dem Erwachen eines neuen Nationalbewusstseins stärker in den Vordergrund treten. Wichtig sind zur Verhütung neuer Konflikte nicht nur der bessere Schutz der Minderheiten, ihrer Identität und ihrer Rechte, sondern auch die Förderung der Erkenntnis bei den Mehrheiten, dass Minderheiten eine Bereicherung und nicht eine Bedrohung darstellen.

- 12 -

Hier kann die Schweiz aus ihrer historischen Erfahrung schöpfen. Unser Vorschlag, im kommenden Juli in Genf ein Expertentreffen über nationale Minderheiten zu organisieren, ist nach anfänglichen Widerständen bei einzelnen Delegationen nun in der Pariser Charta verankert und wird - wie ich hoffe - im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft einen konstruktiven Beitrag zur Konfliktverhütung in Europa leisten.

Im Bereich der Menschenrechte gilt es vorab, die Mechanismen für deren Schutz auszubauen. Die Schweiz hatte an der Menschenrechtskonferenz in Kopenhagen die Möglichkeit der Entsendung von Beobachtern vorgeschlagen, wenn Verdacht auf Menschenrechtsverletzungen in einem Land besteht. Dieser Vorschlag wird zusammen mit andern Ideen im kommenden Herbst an der nächsten Konferenz über die menschliche Dimension in Moskau weiterbehandelt.

Ein ganz wichtiger Punkt in Europa ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Staaten Mittel- und Osteuropas werden den wirtschaftlichen Aufschwung nicht ohne Unterstützung des Westens schaffen. Die Umstellung auf marktwirtschaftliche Prinzipien wird ein langwieriger Prozess sein: es braucht Schulung, Mentalitätsumstellung, es braucht die Fähigkeit, mit dem Leistungsprinzip, mit der Gesetzmässigkeit von Angebot und Nachfrage umzugehen. Mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einher geht der Ruf nach Technologietransfer, nach wissenschaftlicher und technischer Kooperation. Im wirtschaftlichen Bereich müssen auch wir Schweizer wohl bereit sein, nicht nur nach gewinnorientierten Gesichtspunkten, sondern vielmehr mit einer gewissen Solidarität, die

vielleicht Opfer von uns fordert, am wirtschaftlichen Aufbau der Staaten mitzuwirken, die sich in einer nicht ungefährlichen Uebergangsphase befinden.

Ausbau der Wirtschaft heisst auch bessere Bedingungen für den Umweltschutz. Auf diesem Gebiet haben die KSZE-Staaten sich in Paris ebenfalls viel vorgenommen, um der nationalen und der grenzüberschreitenden Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten.

Man ist sich unter KSZE-Staaten bewusst, dass die enormen Zukunftsaufgaben nur in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Organisationen bewältigt werden können, dass dafür aber auch eine gewisse Institutionalisierung der KSZE unumgänglich ist.

Eine zentrale Rolle wird im künftigen Europa die Europäische Gemeinschaft spielen. Schon jetzt ist sie zu einem der wichtigsten Faktoren im KSZE-Prozess geworden. Im militärischen Sicherheitsbereich wird die NATO auch nach Auflösung des Warschauer Pakts dominieren. Die KSZE ist zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Lage, militärische Verteidigungsaufgaben mit gemeinsamen Truppen zu übernehmen.

Immer wichtiger wird die Zusammenarbeit mit dem Europarat, vor allem wenn ihm vermehrt mittel- und osteuropäische Staaten beitreten. Er hat im Bereich der Menschenrechte die höchsten Standards erreicht. Ferner wünschen verschiedene Staaten, vorab die Schweiz, dass die KSZE einen parlamentarischen Unterbau

erhält, der auf der Parlamentarischen Versammlung des Europarats basieren könnte.

Wirtschaftsorganisationen wie die EFTA, die Europäische Wirtschaftskommission der UNO oder die OECD können ebenfalls weiterhin zur Zusammenarbeit mit der KSZE beigezogen werden.

Dem Bedürfnis nach einer minimalen Institutionalisierung der KSZE wurde vorab mit der Einführung eines regelmässigen politischen Konsultationsmechanismus Rechnung getragen. Danach sollen die Staats- und Regierungschefs alle zwei Jahre im Rahmen der Folgetreffen und die Aussenminister mindestens einmal pro Jahr zusammenkommen. Zur Unterstützung dieser sowie der zahlreichen Expertentreffen wird ein kleines administratives Sekretariat in Prag errichtet. In Wien entsteht ein Konfliktverhütungszentrum, das allerdings vorerst nur vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen im militärischen Bereich durchführen soll und allenfalls später auch andere Funktionen, z.B. auf dem Gebiet der friedlichen Streiterledigung, übernehmen könnte. Zur Förderung freier Wahlen und - wenn gewünscht - der Organisation von Wahlbeobachtung wird in Warschau ein Büro für freie Wahlen eröffnet.

Indessen, uns Europäern muss bei aller Aufbauarbeit auf unserem eigenen Kontinent bewusst bleiben, dass wir uns nicht von der übrigen Welt abschotten dürfen. Der Golfkonflikt hat uns mit grausamer Deutlichkeit vor Augen geführt, wie sehr die

aussereuropäischen Konflikte uns betreffen. Wir können ferner die Probleme in der Dritten Welt nicht vernachlässigen.

Lassen Sie mich daher zum Schluss noch über das schweizerische Engagement über die Grenzen Europas hinaus zu sprechen kommen.

Hier ist schweizerische Sicherheitspolitik vor allem im Bereich der Guten Dienste im weitesten Sinne des Wortes zu verstehen. Dazu gehören die Mitwirkung bei Sondierungen, ob die Schweiz in der einen oder andern Form in einem Friedensprozess vermittelnd mithelfen kann, sei es auch nur, indem wir unser Territorium für erste Gespräche oder für eine Friedenskonferenz zur Verfügung stellen. Gute Dienste können aber auch die Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen sein, wie sie vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen organisiert werden. In der Vergangenheit haben wir solche Operationen beispielsweise im Mittleren Osten oder in Zypern mit finanziellen Beiträgen oder mit schweizerischen Flugzeugen unterstützt. 1988 beschloss der Bundesrat, in diesem Bereich mehr zu tun, vor allem auch durch Entsendung von Personen. Auf dieser neuen Basis leistete die Schweiz einen Beitrag an die UNO-Operation in Namibia. Einerseits übernahm eine schweizerische Einheit die medizinische Versorgung, andererseits beteiligten sich Schweizer an der Beobachtung der ersten Wahlen.

Ferner haben wir vor einem Jahr 5 Offiziere als Militärbeobachter der UNTSO, der ältesten friedenserhaltenden Operation der UNO, im Mittleren Osten zur Verfügung gestellt. Diese Schweizer Offiziere konnten dank Finnland und den andern

skandinavischen Staaten im nordischen Ausbildungszentrum des finnischen Niinisalo auf ihre Aufgaben vorbereitet werden. Im Studium ist ferner die Frage, inwieweit schweizerische Blauhelme im Rahmen von UNO-Operationen eingesetzt werden könnten.

Auch die Wahlbeobachtung ist ein gut schweizerischer Beitrag, zu dem uns unsere direkte Demokratie und unser Föderalismus eine solide Grundlage bieten. Im Dezember sind sechs Schweizer nach Haïti abgeflogen und haben dort - wiederum im Rahmen der UNO - mit Erfolg und offenbar grosser Befriedigung mitgeholfen, die dortigen Wahlen zu beobachten. Sie werden am kommenden Sonntag zum zweiten Wahlgang nochmals hinfliegen. Schon früher haben wir Anfragen von ausserhalb der UNO, namentlich aus KSZE-Staaten, erhalten, Wahlbeobachter zur Verfügung zu stellen.

Ein besonderes Gebiet der Guten Dienste ist die Wahrung fremder Interessen. Wenn zwei Staaten ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben, dann wendet sich in der Regel jeder von ihnen an einen Drittstaat mit der Bitte, seine Interessen im andern Staat wahrzunehmen. Die Schweiz stand meistens an der Spitze, um solche Aufgaben zu übernehmen. Mit der "Flurbereinigung" in einzelnen Konfliktregionen haben die Mandate konsequenterweise abgenommen. Betreuten wir während des Zweiten Weltkrieges bis 35 solcher Schutzmandate, so sind es zurzeit noch deren zehn. Zu den bekanntesten gehören seit Jahren die Vertretung der amerikanischen Interessen in Kuba und in Iran. Bis vor wenigen Monaten nahmen wir auch die britischen Interessen in Argentinien und die polnischen in Chile wahr.

Im Bereich der Abrüstung und der Rüstungskontrolle haben wir uns von Anfang an für weltweite nukleare und chemische Abrüstung eingesetzt. So sind wir Vertragspartei völkerrechtlicher Verträge wie des Atomsperrvertrages oder des Vertrages über ein begrenztes Atomtestverbot. Ferner sind wir in Genf, wie ich bereits erwähnte, bei den Verhandlungen über ein umfassendes Verbot chemischer Waffen engagiert.

Sie sehen, die Schweiz ist bemüht, ihren Verpflichtungen in Europa und in der Welt im Rahmen ihrer aussenpolitischen Möglichkeiten nachzukommen. Vor allem ausserhalb Europas bleibt unser Einsatz oft eher punktuell. So müssen wir uns zunehmend öffnen, nach Europa wie nach dem aussereuropäischen Raum; denn nur im Bewusstsein der globalen Zusammenhänge können wir auf unserem eigenen Kontinent aufbauende, zukunftsgerichtete Arbeit leisten. Nur so sind wir ausserdem einigermaßen gewappnet gegen Konflikte, wie wir sie jetzt vor den Toren Europas im Mittleren Osten erleben.